

Dresdner Volkszeitung

Verlagskontor: Dresden,
Raben & Comp., Str. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto:
Gebr. Arnhold, Dresden
und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kreisstadt und Dresden-Litzsch

Abonnementpreis einschließlich Frachtkosten mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Volk und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 16 Goldpfennig.

Schriftleitung: Weitznerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Weitznerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreise: die 28 mm breite Nonpareilzeile 30 Pf., die 30 mm breite Nonpareilzeile 150 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefverbreitung 10 Pf.

Nr. 33

Dresden, Freitag den 8. Februar 1924

35. Jahrg.

Die Spieler von Versailles

Mitten in die großen Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Präsidenten Wilson legt eine Erklärung Lloyd Georges hinein, die geeignet ist, mit einem Male das Spiel der Friedensmacher von Versailles wieder in den Mittelpunkt des Interesses zu rücken.

Die französische Regierung plant die Herausgabe eines französischen Gelbbuches, das Äußerungen über jene Friedensverhandlungen enthalten soll. Sie hat die Dokumente der englischen Regierung vorgelegt und diese hat aus Gründen der Kohäsion des Interesses zu rücken. Vorher er auf diese Frage antwortete, hat er einem Vertreter der New York World die Erklärung abgegeben, daß er seine Zustimmung zur Veröffentlichung des Rheinlandes nicht gegeben habe. Er sei jedoch in den Tagen vom 20. bis 22. April infolge innerpolitischer Krisen nach England berufen worden und habe bei seiner Rückkehr nach Paris einen geheimen Pakt zwischen Clemenceau und Wilson über die Rheinfrage vorgefunden. Dadurch sei er vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Lloyd George beabsichtigt durch diese Erklärung offensichtlich dem Gelbbuch vorzuzukommen.

Die französische Regierung läßt das Vorhandensein eines solchen Geheimabkommens in Abrede stellen. Ihr liegt daran, auch Lloyd George in den großen Bund einzubeziehen, der an den Vertragslauf über die Rheinlande und damit an der Dauerbesetzung genau so viel Verantwortung zu tragen habe wie seine Mitspieler.

Im sich ist dieser Streitpunkt ziemlich nebensächlich. Wichtiger ist die Gesamtheit der Friedensverhandlungen unter den Entente-Vertretern und die Strömungen zu betrachten, die dabei zutage traten. Auf der einen Seite der alte Clemenceau, der, nach 1871 ein kleiner Bürgermeister, damals die Besetzung Frankreichs durch deutsche Truppen erlebt hatte und seit jener Zeit von Revanchegedanken erfüllt war. Hinter ihm drängend Marschall Foch, dem selbst der „Eiger“ noch zu weichmütig erschien, und der in mehrfachen Denkschriften die militärische Beherrschung des Rheins für Frankreich forderte. Auf der andern Seite steht Lloyd George: ein fesselnder Redner, aber mehr vielwiegend in der Behandlung der wichtigsten Fragen zu Winken aufgeleitet, auch wenn es um das Schicksal ganzer Völker geht und dann Woodrow Wilson, der Philosoph auf dem Präsidentenstuhl, als Moralprediger in der Wüste der Interessentänze!

Für England hatte Lloyd George gefordert. Die deutschen Kolonien, die Arieos- und Handelsflotte hatte er für Großbritannien in Anspruch genommen um Deutschland vom internationalen Wirtschaftswettbewerb auszuschalten. Frankreich aber, das von Clemenceau und Foch vertreten wurde, mit den weiterstrebenden Poincaristen im Hintergrunde, forderte seinen Teil der Beute und Machtzuwachs. Unerbittlich drängte es auf dauernde Besetzung des Rheinlandes vom Deutschen Reich. Beileibe natürlich nicht aus amerikanischen Gründen. Nur um der eigenen Sicherheit willen. Wie etwa die deutsche Oberste Heeresleitung Belgien oder Russland und Polen nicht „annektieren“, sondern nur zu „Pufferstaaten“ unter tatsächlicher deutscher Oberherrschaft zu machen strebte.

Yoch sprach in einer seiner Denkschriften, die er an Wilson übermittelte, ganz klar aus, was die französischen Imperialisten beabsichtigten:

„Das Kriegsgeld hat die Rheinlinie, samt verschiedenen Umständen und eines Zusammenwirkens alliierter Streitkräfte in unsere Hände gespielt, aber das läßt sich auf lange Zeit hinaus nicht wiederholen. Der deutliche Verzicht auf diesen letzten, natürlichen Schutzwall ohne andre Garantien als Institutionen moralischer Art und voller ferner unbekannter Schwierigkeiten würde vom militärischen Standpunkte aus das Eingehen höchsten Risikos bedeuten. Die Armeen vor allem wissen es, wie viele Leben sie das gekostet hat.“

Wilson stand monatelang in zähem Ringen um den Inhalt seiner 14 Punkte, die er als „vor dem Waffenstillstand getroffene Abmachungen“ betrachtete. A. St. Baker, von dessen unter dem Titel „Woodrow Wilson, Memoiren und Dokumente über den Vertrag von Versailles“ herausgegebenem Sammelwerke soeben der dritte Band erschienen ist, kennzeichnet die Lage von Anfang April 1919 so:

„Clemenceau drohte zurückzutreten. In der Tat befand sich der hartnäckige Veteran selbst unter einem scharfen Druck von Seiten der Poincaré-Foch-Partei in Frankreich. Der Präsident (Wilson) habe diese Eventualität klar erzwungen, aber die Schwierigkeit war, daß, wenn Clemenceau ging, sein Nachfolger wahrscheinlich noch intransigent und noch schwerer zu beherrschen sein würde.“

„Ein neuer Premier“, bemerkte er am 2. April bestimmt, „würde wahrscheinlich nicht besser als Clemenceau sein.“ Bei einer andern Gelegenheit sagte er: „Clemenceau droht zurückzutreten.“ Würde das nicht die Lage klären? erkundigte ich mich. „Wahrscheinlich würden wir an seiner Stelle einen Mann gleich Poincaré erhalten“, meinte er ruhig.

Wenige Tage später, am 7. April, verzeichnet Baker folgende Neuheiten Wilsons in sein Tagbuch: „Die Zeit ist gekommen, die diese Angelegenheit zu einer Entscheidung bringen muß“, meinte er. „Hause war gerade hier und erzählte mir, daß Clemenceau und Foch wieder einen Tag verhandeln hätten. Ich will mit ihnen über nichts mehr diskutieren. Wir haben untereinander Abmachungen getroffen, und wir sind mit Deutschland bezüglich bestimmter allgemeiner Prinzipien über-

eingekommen. Der ganze Verlauf der Konferenz bedeutet eine Serie von Versuchen, insbesondere von Seiten Frankreichs, dieses Abkommen niedergzureißen, Land zu wachen zu erlangen und benachteiligte Indemnitäten aufzuerlegen. Das einzige wahre Interesse Frankreichs an Polen besteht in der Schwächung Deutschlands, indem Polen Gebiete zugesprochen werden, auf die es kein Anrecht besitzt.“

Schließlich haben Wilson wie Lloyd George vor dem „hartnäckigen Veteranen“ kapituliert. Und dieser selbst ist von der Poincaré-Foch-Partei, wie Wilson richtig vorausah, erfasst worden. Damals galt es angebliche Sicherungen. Später kam die Ruhrbesetzung, die Separatistenschichtung hinzu. Und noch immer haben, nach Poincarés bekannter Aufstellung, die Fristen zur vertragmäßigen Räumung „noch nicht zu laufen begonnen“. Das Ziel der Poincaré-Partei ist die dauernde Besetzung der Rheinlande durch Frankreich. Und das übrige ist bekannt. Der amerikanische General J. F. Kernan hat schon in einem Bericht vom 11. April 1919 es seinem Präsidenten dargelegt:

„Überall in Zentraluropa tritt die französische Uniform bei Offizieren und Mannschaften hervor. Die planvollen eintägigen Bemühungen dieser Agenten suchen den militärischen Geist in Polen, in der Tschecho-Slowakei und, wie ich glaube, auch in Rumänien zu züchten. Die imperialistische Idee hat sich wie eine Art Bahnlinie der französischen Psyche bemächtigt, und man ist ganz offensichtlich bemüht, eine Kette stark militarisierter Staaten soweit wie möglich unter französischer Führung zu schaffen, um sie als künftige Verbündete Frankreichs zu gewinnen. Ich hege nicht den geringsten Zweifel, daß ein derartiger allgemeiner Plan besteht und augenscheinlich mit großem Erfolge betrieben wird.“

Das geheimnisvolle Dokument

London, 7. Februar. (Eig. Draht.) Im Laufe des Tages haben einige Punkte bezüglich des angeblichen Lloyd-George-Paktes mit der New York World eine gewisse Klärung erfahren, andre dagegen bleiben noch wie vor dunkel, insbesondere die Frage, wie Lloyd George selbst zu der Angelegenheit steht. Nach am Vormittag war im Daily Sketch eine Erklärung zu lesen, von der angenommen wurde, sie kamme vom ehemaligen Ministerpräsidenten und in der es hieß: „Die Tatsachen stimmen im wesent-

lichen so, wie sie in der Erklärung angegeben worden sind, doch hat Lloyd George kein Interview gemäht.“ Heute abend schreibt jedoch das liberale Blatt Star, es sei ermächtigt, zu erklären, daß Lloyd George die Redensart von einem „Geheimabkommen“ als absurd betrachtet und daß das, was nach Amerika hinübergelabelt worden sei, lediglich die „Anfrage Wiedererlangung eines Privatgesprächs“ wäre. Auffällig bleibt jedoch die Tatsache, daß Macdonald unmittelbar vor dem Erscheinen dieses angeblichen Interviews mit Lloyd George erfahren zu haben scheint, daß die französische Regierung um Englands Erlaubnis gebeten hatte, gewisse Dokumente in einem neuen Gelbbuch zu veröffentlichen. Man erklärt dies Zusammenreffen in diplomatischen Kreisen damit, daß ein Beamter des englischen Auswärtigen Amtes auf eigene Faust Lloyd George gefragt hatte, ob er gegen eine solche französische Veröffentlichung Einwendungen zu erheben hätte, und daß er ihm bei dieser Gelegenheit die einzige Abschrift jener Dokumente übergeben hätte, die die französische Regierung nach London mit der Bitte um Genehmigung der Veröffentlichungserlaubnis übermittelt hatte. Macdonald, so wird weiter erzählt, hat inzwischen in einer recht trockenen Form Lloyd George um sofortige Rückgabe jener Urtexten abgefragt, und er hat weiter den Verleger in Paris, Lord Curzon, beauftragt, Poincaré über die persönlichen Umstände zu unterrichten, die zu dem Zwischenfall geführt haben. Es wird berichtet, daß Macdonald über den Zwischenfall sehr entsetzt sei, der seine bisherigen Schritte im Sinne einer Besserung der englisch-französischen Beziehungen durchkreuzt habe. Das im selben Verlag wie der Daily Sketch erscheinende Abendblatt Evening Standard behauptet nun ebenfalls in einem nichtgezeichneten Leitartikel, daß das betreffende Dokument, auf das im Interview mit Lloyd George angespielt wurde, tatsächlich existiere. Es sei nur zweifelhaft, ob „Geheimabkommen“ der richtige Ausdruck dafür sei: es handle sich eher um ein von Wilson nicht ausgehendes Memorandum Clemenceaus. Dieses Schriftstück trage aber die Unterschriften beider Staatsmänner. Es beziehe sich insbesondere auf die militärische Besetzung des Rheinlandes. Es sei gewissermaßen ein „teuflicher Entwurf“, der das Einverständnis zwischen Wilson und Clemenceau in der Zeit der Anwesenheit Lloyd Georges herzustellen versucht habe. Das Blatt gibt keine weiteren Einzelheiten über den Inhalt des Dokumentes an, erklärt jedoch zum Schluß, daß Lloyd George es bisher jedenfalls nicht gekannt, und daß er damals bei seiner Rückkehr aus London einen in der Frage der Rheinlandsbesetzung vollständig und plausibel umfassenden Wilson vorgefunden habe.

Macdonalds Bedauern an Poincaré

Paris, 7. Februar. Was man weiß aus London, daß Macdonald heute einen Brief an Poincaré geschrieben habe, in welchem er sein Bedauern über den durch Lloyd George herbeigeführten Zwischenfall, für den er nicht verantwortlich sei, ausdrückt.

Stinkbomben

Zumut im DreAdner Stadtverordneten-Kollegium

Es ist die übliche Erscheinung: das Stadtverordnetenkollegium ist neu gewählt und nicht nur die einzelnen Stadtverordnetenfraktionen, zumal wenn sie neue Gebilde darstellen, sondern auch die neu ins Kollegium eingezogenen Stadtverordneten wollen den Nachweis der Loyalität ihren Mandatgebern gegenüber erbringen. So standen auf der gestrigen Tagesordnung der Dresdner Stadtverordnetenversammlung nicht weniger als 12 Anträge. Wie immer bei solcher Massenproduktion war ein Teil der Anträge reinem Agitationsbedürfnis entsprungen. „Sensationen“ aber ließ nur der Antrag des deutschnationalen Stadtverordneten Rohmann zur Einkommens-Affäre, den auch die lediglich „wirtschaftliche Interessen“ vertretenden Deutschsozialen mit unterzeichnet hatten, erwarten. Und so hatten sich denn auch die Gesinnungsgenossen der Antragsteller rechtzeitig und reichlich mit Tribünenkarten eingebekkt. Nationalisten, die solche Gelegenheiten nur zu gern benutzen, um durch den entsprechenden Rabau — siehe die Vorgänge im Schauspielhaus — ihr wahres Leutschtum in empfehlende Erinnerung zu bringen, waren in Scharen erschienen. Schon mittags 2 Uhr waren keine Tribünenkarten mehr zu erhalten und am Abend warteten Hunderte vergeblich auf Einlaß.

Auch die Kommunisten hatten ihren Anhang auf die Tribüne jittiert. Eine Reihe kommunistischer Anträge, die auch nur dem bloßen Agitationsbedürfnis dienen sollten, „zierte“, die Tagesordnung. Es sollte wieder einmal der „Beweis“ erbracht werden, daß die einzig wahre Interessenvertretung des Proletariats nur von der kommunistischen Partei zu erwarten ist.

Kurzum: es herrschte in Erwartung großer Dinge Gedränge. Auf der Tribüne waren sich im Verlauf der Sitzung Volksische und Kommunisten schon in die Haare gefahren. Es hagelte Zwischenrufe. Trotzdem wurde die Tagesordnung zunächst verhältnismäßig ruhig abgewickelt, bis als erster der Anträge der des kommunistischen Stadtverordneten Dr. Helm zur Beratung kam, der Vorstand und Rat ersuchte, beim Westkreiskommando die Hofentlassung des in der vorigen Sitzung zum Stadtrat gewählten Kommunisten Felix Lewinsohn zu befürworten. Die Redner der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei sowie der deutschsozialen Gruppe wandten sich dagegen und warfen den Kommunisten vor, Verschleierungstaktik getrieben zu haben.

Während dieser Reden entstand in den Reihen der bürgerlichen Stadtverordneten plötzlich große Unruhe. Niemand wollte zunächst zu reden, warum eigentlich, bis plötzlich ein unerträglicher Gernsch den Raum erfüllte. Es waren

Stinkbomben geworfen worden, von denen eine auf den Platz des volksparteiischen Stadtverordneten Dr. März niedergefallen war. Einzelne Stadtverordnete erhoben darauf beim Vorsteher Genossen Fischer Vorstellungen, so daß er sich, da ein Weitergehen unter diesen Umständen unmöglich war, entschließen mußte, die Räumung der Tribünen zu verkünden und die Sitzung auf zehn Minuten zu vertagen.

Ein ohrenbetäubender Lärm erhob sich daraufhin im Zuschauerraum. Was an Lungentrast den Besuchern auf der Tribüne mangelte, um jedes Wort im Sitzungssaal untergehen zu lassen, holten die kommunistischen Stadtverordneten nach. Gegen den Genossen Fischer, der durchaus korrekt seines Amtes gewaltet hatte, schleuderten sie völlig unberechtigt die schwersten Vorwürfe. Warum wußten sie wohl selbst nicht recht, denn die Maßnahme des Vorstehers richtete sich ja keineswegs gegen die Kommunisten, sondern war im Interesse einer geordneten Durchführung der Geschäfte unumgänglich notwendig.

Inzwischen hatte sich der Stadtverordnetensaal mehr und mehr geleert. Der Vorstand des Kollegiums trat zur Beratung zusammen und beschloß, die öffentliche Sitzung zu schließen und nur noch die Tagesordnung der geheimen Sitzung zu erledigen. Die Anträge blieben unerledigt, die teutschen Jünglinge auf der Tribüne, die bei der zu erwartenden Hintersinn-Debatte den nötigen Nachdruck leisten sollten, kamen nicht gang auf ihre Rechnung.

Bei Eröffnung der geheimen Sitzung erklärte der Vorsteher, Genosse Fischer, daß er auch den Zuschauern gegenüber Verständnis dafür ausbringen, wenn diese einmal Zwischenrufe machten, wenigstens auch das nicht gestattet sei. Deswegen würde er gewiß nicht die Tribüne räumen lassen. Mit vollem Recht wies er aber darauf hin, daß ein solcher Fall, wie er sich soeben zugetragen habe, nicht nur die Ordnung des Hauses störe, sondern auch seine Würde verletze. Es wäre ihm aus diesen Gründen heraus nichts anderes als die Anwendung eines solch scharfen Mittels übriggeblieben.

Der Kommunist Schreiter gab sich natürlich damit nicht zufrieden; glaubte er, daß die Anträge seiner Fraktion in geheimer Sitzung behandelt werden sollten und sie dadurch um die agitatorische Wirkung noch außen hin gebracht werden sollten? Er stellte den Antrag, für den morgigen Freitag eine öffentliche Sitzung einzuberufen, obwohl er genau wußte, daß die Geschäftsordnung das nicht züläßt. Sein Antrag mußte natürlich abgelehnt werden; Schreiter